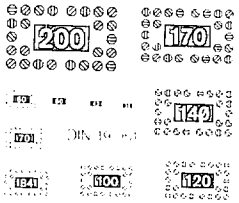

SCHRIFTENREIHE

DER

INDUSTRIEGEWERKSCHAFT METALL

FÜR DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

22

Die Aufgaben unserer Gewerkschaft in der gegenwärtigen Situation

Von Otto Brenner

A
33R
K
734
b

DGB Archiv Exemplar Bundesvorstand

Sachgeb. A 33
Z.-N. Nr. K 234 d

Die Aufgaben unserer Gewerkschaft in der gegenwärtigen Situation

Von Otto Brenner

DGB Archiv Exemplar Bundesvorstand

Druck: Union-Druckerei und Verlagsanstalt GmbH, Frankfurt a. M.

Auf dem 3. ordentlichen Gewerkschaftstag
der Industriegewerkschaft Metall
für die Bundesrepublik Deutschland
vom 13. bis 18. September 1954 in Hannover
wurde das nachfolgende Referat
vom Vorsitzenden Kollegen Otto Brenner
gehalten.

*

Zu dem Referat wurde die im
Anhang befindliche Entschließung
einstimmig angenommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Freunde und Gäste unserer Industriegewerkschaft Metall!

Wenn wir heute an die Erörterung der gewerkschaftspolitischen Situation und die Beratung unserer zukünftigen Aufgaben herangehen, so müssen wir uns vor allem eines bewußt sein und bleiben:

Unsere Gewerkschaft, als stärkste im DGB, hat zu jeder Zeit und bei der Lösung jedes Problems die besondere Verpflichtung und Verantwortung, immer das Ganze, das Gemeinsame im Auge zu haben. Das haben wir versucht, als wir in den letzten Monaten das Lohnproblem entschlossen anpackten, zuerst in Baden-Württemberg und dann, die Lohnoffensive weiterführend, in den anderen Ländern und Tarifgebieten. Es ging uns nicht nur darum, im Interesse unserer Mitglieder den Widerstand der Unternehmer gegen einen höheren Anteil am gewachsenen Sozialprodukt zu brechen, sondern waren uns der Verpflichtung bewußt, als große und starke Gewerkschaft, auch eine Bresche zu schlagen für die Schwächeren, die auf dem Lohngebiet zurückgeblieben waren. Dieses Handeln im Geiste der Solidarität gilt auch für die Zukunft und bezieht sich nicht nur auf Lohnfragen. Diese Verpflichtung war auch die Triebfeder für unser Bemühen in der Vergangenheit und ist es auf diesem Gewerkschaftstag, entsprechend unserer Verantwortung, alle Probleme, die den im DGB zusammengeschlossenen Gewerkschaften gemeinsam sind, auch gemeinsam zu lösen.

So möchte ich eingangs meiner Ausführungen im Namen unserer Gewerkschaft, die, so meine ich, in dieser Beziehung einige Erfahrungen hinter sich und das ihrige zum Besten des Ganzen beigetragen hat, das Bekenntnis ablegen zur Einheit und zur Geschlossenheit des DGB. (Beifall.) **Unser Deutscher Gewerkschaftsbund wird künftig stärker denn je sein müssen. Jede Gewerkschaft wird unter möglichster Hintanstellung von Sonderinteressen ihm ein Höchstmaß an Kraft zu geben haben. Das setzt aber auch voraus, daß die entscheidenden Gremien des DGB, insbesondere der geschäftsführende Bundesvorstand, im gleichen Sinne handeln und sich bewußt sind, daß sie getragen werden von den Einzelgewerkschaften und damit das Gesamtinteresse aller zu vertreten haben.** (Beifall.)

Der Sorge um das Ganze und um das Gemeinsame lag in den letzten Monaten auch die Kritik zugrunde, die wir als IG Metall an diesen und jenen Erscheinungen und Vorgängen in unserer gemeinsamen Gewerkschaftsbewegung geübt haben. Wir haben uns aber in keinem Fall nur auf eine Kritik beschränkt, sondern aus gleichen Motiven heraus uns immer wieder bemüht, positive Vorschläge zu machen und neue Wege aufzuzeigen. Unter diesem Gesichtspunkt stehen auch meine heutigen Ausführungen.

Die Gewerkschaften als handelnde und gestaltende Kraft

Die Arbeiterbewegung, deren unlöslicher und wesentlicher Bestandteil wir als Gewerkschaften sind, hat sich die große Aufgabe gestellt, unsere Gesellschaftsordnung zu verbessern und umzugestalten. Das soll geschehen im Sinne eines Höchstmaßes an Wohlstand und sozialer Sicherheit, an Glück und Zufriedenheit, an politischer, geistiger und wirtschaftlicher Freiheit der arbeitenden Menschen und ihrer Familien, die die große Mehrheit auch in unserem Volke ausmachen. Goethe hat das Gleichnis von Hammer und Amboß gewählt. In die politische Sprache übersetzt heißt das: **Die entscheidende Frage für uns und unsere Bewegung ist: Sind wir Objekt, Spielball in der turbulenten Entwicklung der gesellschaftlichen Kräfte, oder Subjekt, handelnde und gestaltende Kraft?**

Daß wir dieses nicht mehr waren, darin lag die tiefere und entscheidende Ursache für den Hereinbruch der Barbarei im Jahre 1933 über uns alle und schließlich über die Völker dieses Erdteils. Das Gelingen des Neuanfangs auf den Trümmern des Jahres 1945 hing entscheidend von der Frage ab, ob es möglich sein würde, den neuen demokratischen Staat von Anfang an fest zu gründen auf dem Vertrauen und der festen Verbundenheit der arbeitenden Menschen zu ihm.

In der großen Krise vor 1933 vor die Alternative gestellt, entweder auf überholte Privilegien zu verzichten, monopolistische Machtpositionen preiszugeben oder aber blind festzuhalten am Überholten und Morschen und durch Beseitigung jeglicher Freiheit die Lasten von Krieg und Krise auf die Schultern der Schwachen abzuwälzen, wählten die herrschenden Kräfte in Wirtschaft und Politik vor 1933 den letzteren Weg. Es war kein Ausweg, sondern letztlich der Sturz in den Abgrund. Schwäche und Zersplitterung der Arbeiterbewegung begünstigten leider diesen Katastrophenweg.

Die Überwindung dieser Zersplitterung in Form unserer Einheitsgewerkschaft, des DGB, war, so betrachtet, nach 1945 eine wahrhaft demokratische Tat. (Beifall.) Sie ermöglichte einerseits, dem neuen Staat eine feste Stütze, eine starke Klammer, eine tragende Kraft zu geben. Andererseits schuf sie eine mächtige Organisation der Arbeitnehmer, die bereit und imstande war, unter weitgehender Ausschaltung von Gruppen und Sonderinteressen in schwerster Zeit an den Neuaufbau heranzugehen.

Die Verwirklichung des Mitbestimmungsrechtes in Betrieb und Wirtschaft, die Überführung der entscheidenden Grundstoffindustrien in Gemeineigentum wurde nach 1945 zur wesentlichen wirtschaftlichen Forderung der Gewerkschaften auf Grund der bitteren Erfahrungen der Weimarer Zeit. Ihre Erfüllung wurde zur zwingenden politischen Notwendigkeit, wenn der neue Staat fest auf das Vertrauen und die enge Verbundenheit der darbenden und schwer arbeitenden Menschen gegründet sein sollte. Es war eine Schicksalsfrage unseres ganzen Volkes.

Angesichts der heutigen, geradezu feindseligen Haltung und Intransigenz der Unternehmer und der mit ihnen verbundenen politischen Kräfte gegenüber den Forderungen der Arbeitnehmer auf einen gerechten Anteil am Sozialprodukt und den ihnen gebührenden Platz im demokratischen Gemeinwesen, angesichts der frontalen Angriffe auf die Gewerkschaften, lohnt es, sich an die Zeit nach 1945 zu erinnern. Damals versprach man uns alles; scheinbar war man zu allem bereit. Heute wissen wir, daß es nur das Bestreben war, uns hinzuhalten, Zeit zu gewinnen, um die Kräfte zu sammeln für den Augenblick, in dem man den Versuch wagen konnte, wie nach 1918 das Rad der Geschichte erneut zurückzudrehen. Heute wissen wir auch, daß maßgebende Teile des Unternehmertums und politische Kräfte nichts gelernt haben und nichts lernen wollen, obwohl dazwischen die Zeit der Hitler-Diktatur liegt und der grausamste totale Krieg, den die Weltgeschichte bisher überhaupt kannte. (Sehr richtig!) Wir hätten das früher erkennen sollen! Es drängt sich uns doch geradezu die Erinnerung auf an die Zeit der zentralen Arbeitsgemeinschaft von 1919 bis 1924, der die Periode bis 1933 mit der Zerschlagung der Arbeiterbewegung und der Zerstörung der Demokratie folgte.

Daran denken wir und daran müssen wir denken, wenn uns in der gegenwärtigen Situation, in der wir wieder die Chance haben, im Interesse der schaffenden Menschen das Gesetz des Handelns zu ergreifen, erneut Angebote auf Arbeitsgemeinschaft gemacht werden und so viel von der „Sozialpartnerschaft" gesprochen wird.

Unsere Gewerkschaftsbewegung — und wir sprechen unsere eigene Organisation dabei nicht frei — hat schon einmal im Jahre 1950/51 die Zeichen der Zeit nicht verstanden. Wir haben den rücksichtslosen Willen zur Macht, zur Restauration der wirtschaftlichen und politischen Zustände von vorgestern auf der Gegenseite nicht klar und rechtzeitig genug erkannt und nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen. (Sehr gut!) Der verlorene Kampf um das Betriebsverfassungsgesetz war die Folge. Damit wurde das Abgleiten der Gewerkschaften in eine Defensivstellung offensichtlich, die der Entwicklung bis vor einigen Monaten das Gepräge gab und zu deren Überwindung unser Gewerkschaftstag, aber auch der bevorstehende Bundeskongreß des DGB in Frankfurt, entscheidend beitragen müssen.

Gewerkschaften und Staat

Was unsere Stellung zum Staat anbelangt, so will ich betonen, daß es uns nicht nur um die Förderung geistiger und materieller Interessen der Arbeitnehmer geht, sondern auch um die Schaffung eines festen Fundamentes der sozialen Sicherheit für unser neues Gemeinwesen. Dieser Staat wird aber nur dann demokratisch sein und bleiben, wenn er den Millionen Arbeitern, Angestellten und Beamten, allen sozial Schwachen und Bedrängten eine sichere Heimat wird. (Bravo!)

In einem „Ja" der Millionen zu diesem Staat liegt auch die Voraussetzung für die von uns ersehnte und erstrebte Einheit Deutschlands in Freiheit. Eine Bundesrepublik, gegründet auf soziale Sicherheit, wird auf die Dauer eine unwiderstehliche Anziehungskraft für die Menschen hinter dem Eisernen Vorhang haben. An diesem Vertrauen werden alle Zersetzungs- und Unterdrückungsversuche scheitern.

Aber dieses Vertrauen der Arbeitnehmerschaft in unsere Bundesrepublik, in ihre Institutionen, in ihre Regierung und Gesetzgebung ist kein Blankowechsel. Vertrauen läßt sich nicht kommandieren und nicht verordnen. Die Gewerkschaften sagen „Ja" zum demokratischen Staat. Aber eine moderne Demokratie, insbesondere nach den Erfahrungen, die wir seit 1918 gemacht haben, ist in Deutschland undenkbar, wenn sich die Freiheit allein in dem Recht erschöpft, alle vier Jahre seine Stimme abzugeben, wenn die Demokratie sich erschöpft im einseitigen Schutz von Kapital und Besitzinteressen, wenn die Demokratie die Arbeiterbewegung und ihre Organisation in Staat und Gesellschaft, in Politik und Wirtschaft brüskiert, ausschaltet und diffamiert. (Starker Beifall.) So kann kein richtiges Vertrauensverhältnis der Arbeitnehmerschaft zum Staate wachsen und gedeihen!

Soziale Sicherheit als Voraussetzung des Friedens

Frieden und Freiheit sind bedroht; überall in der Welt wächst die Neigung, den sozialen Fragen aus dem Wege zu gehen. Wir erheben laut unsere Stimme, da die Großmächte und leider auch verantwortliche Politiker in der Bundesrepublik glauben, allein durch militärische Stärke gesellschaftliche Probleme lösen zu können. (Beifall.) Das Heil der Menschen liegt nicht in den Atom-, Wasserstoff- und Kobaltbomben! **Wir können wirksamer gegen die der Menschheit drohenden Gefahren ankämpfen und zugleich eine Bastion der Befriedung schaffen, indem wir unsere ganze Kraft auf die Erreichung wirtschaftlicher und sozialer Gerechtigkeit und Sicherheit konzentrieren.** (Starker Beifall.) **Die Fragen der militärischen Verteidigung werden dann zu Fragen zweiten Ranges.** Das Bewußtsein, für dieses Ziel zu streben und zu kämpfen, gibt uns den Mut und die Kraft, der Flut der Verleumdungen und Verdächtigungen um uns herum zu trotzen und entschlossen an die Lösung der vor uns stehenden Probleme heranzugehen.

Die wirtschaftliche und soziale Situation der Bundesrepublik

Um diese Probleme zu erkennen, bedarf es einer klaren und nüchternen Analyse der gegenwärtigen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in der Bundesrepublik.

Der Weg, den die Wirtschaftspolitik nach 1945 seit dem Wirtschaftsrat in Frankfurt am Main gegangen ist, führte zur Restauration des privaten Besitzes in der Wirtschaft. Das geschah ganz bewußt. Diesem Ziel diente der erzwungene und von den Behörden unterstützte Konsumverzicht der gesamten Bevölkerung.

Noch während des von den Nazis verordneten Lohnstopps, der durch Besatzungsrecht bis 1949 aufrechterhalten wurde, lockerte man bereits im Jahre 1947 die Bewirtschaftung von Waren. Auch im bizonalen Wirtschaftsdirektorium zeigten sich schon Hortungstendenzen, ähnlich wie in der freien Wirtschaft, und man ließ den Preisen freien Lauf. Wir gingen also schon am Währungsstichtag mit einer erheblichen Lohn- und Preisdifferenz an den Start in das vielgepriesene deutsche „Wirtschaftswunder". Die Preise stiegen aber auch nach der Währungsreform unaufhörlich weiter. Bereits am 31. Dezember 1948 hatte die deutsche Wirtschaft aus dieser Differenz und aus der Auflösung der Hortungslager die ersten 9 Milliarden DM aus sogenannten „eigenen Mitteln" investiert, wie man so schön sagt.

Wir erlebten Steigerungen der Preise für Kohle und Stahl, in Energiewirtschaft und Transport. Damit veränderte sich das ganze Preisniveau der verarbeitenden Industrie und der Verbrauchsgütererzeugung. Die sachliche Prüfung dieser Entwicklung ergibt also: Es hat nie eine die Volkswirtschaft gefährdende Lohn-Preisspirale gegeben. Im Gegenteil: Die Löhne haben den ständig und willkürlich angehobenen Preisen kaum zu folgen vermocht.

Was wir auf dem industriellen Sektor erlebten, findet seine Fortsetzung auf dem Agrarsektor. In Rhöndorf versprach seinerzeit der Bundeskanzler der Landwirtschaft auch ihren Anteil am Raubzug auf den Verbraucher. Als der Weltmarktpreis für Weizen infolge der Verknappung in der Nachkriegszeit vorübergehend stieg, verlangte die Landwirtschaft die Angleichung und erhielt sie auch. Noch dreimal ist der Weizenpreis in Deutschland erhöht worden, obwohl inzwischen der Weltmarktpreis gefallen ist. Heute verlangt aber niemand die Angleichung des deutschen Weizenpreises an den niedrigeren Weltmarktpreis. Die übrigen Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, insbesondere für landwirtschaftliche Veredelungsprodukte wie z. B. Eier, Fleisch, Milch, Butter, Kartoffeln und Futtermittel, orientieren sich jedoch im wesentlichen an dem immer noch künstlich hochgehaltenen Weizenpreis.

Die Arbeitnehmer haben in der Bundesrepublik nie das Gefühl haben können, daß sich die behördlich gesteuerte Wirtschaftspolitik um die Sicherung ihrer Lebenshaltung und ihres Einkommens auch nur annähernd soviel Sorge machte, wie um die Einkommensentwicklung der Industriellen und der Agrarier. (Sehr richtig! Beifall.) Die Sorge um die Arbeitnehmer blieb und bleibt also den Gewerkschaften und ihren politischen Freunden überlassen.

Dieser gesteuerten Wirtschaftspolitik genügte es nicht, zusätzlich Gewinne über Subventionen und Zölle zu sichern, sondern man wußte sie auch über eine entsprechende Steuerpolitik zu erhöhen.
Die erste Steuernovelle der ersten deutschen Bundesregierung brachte bereits ein vollendetes System steuerlicher Vergünstigungen für „nicht entnommene Gewinne", also für die bereits schon berüchtigt gewordene und heute wirtschaftsgefährdende Selbstfinanzierung der Unternehmungen.

Man sagt, Selbstfinanzierung sei notwendig, weil kein Kapitalmarkt vorhanden ist. Umgekehrt, es gibt keinen Kapitalmarkt, weil wir zuviel Selbstfinanzierung haben. (Sehr wohl! Beifall.)

Schon heute hat die steuerbegünstigte Selbstfinanzierung zu erheblichen Fehlinvestitionen geführt, wie die bekannten Verhältnisse in der Mühlenwirtschaft und in der Seifenindustrie beweisen.

Zuviel Kapazität haben wir auch — das dürfte uns besonders interessieren — bei den Grobblech-Walzenstraßen und in der Röhrenindustrie. Die Kohlenindustrie wiederum hat z. B. überflüssige Kokereien. Diese Aufzählung könnte noch aus anderen Industriezweigen beliebig ergänzt werden.

In all diesen genannten Wirtschaftszweigen ist Kapital fehlgeleitet worden. Es muß amortisiert und verzinst werden und verteuert somit die Waren. Es muß daher Schluß gemacht werden mit einem verhängnisvollen Steuersystem, das einseitig die Besitzenden begünstigt. Es muß Schluß gemacht werden mit einer Wirtschaftspolitik, die unter dem Motto steht: „Bereichert Euch!" (Beifall.) Dann wäre die Voraussetzung geschaffen für eine vernünftige, gelenkte Kapitalmarktpolitik, die nach sozialer und wirtschaftlicher Dringlichkeit das Kapital dorthin fließen läßt, wo es bis heute immer noch nicht ausreicht, nämlich vornehmlich in den Wohnungsbau.

Die Währungsreform machte die verhängnisvolle Wirtschaftspolitik deutlich. Was sich damals zeigte, war ein öffentlicher Skandal. Die Gewinner bei der Währungsreform im Juni 1948 waren die Sachwertbesitzer. Bei fast allen Umstellungen der Aktiengesellschaften ist aus jeder abgewerteten Reichsmark eine schöne runde DM geworden. Einige Unternehmen haben ihr Vermögen verdrei- und vervierfacht.

Dieser ungewöhnlich hohe Wertzuwachs ist leider nicht allen Arbeitnehmerkreisen verständlich geworden. Sagen wir es daher jetzt deutlicher: Am 31. Dezember 1949 zahlte man an der Börse im Durchschnitt für alle Aktien im Bundesgebiet 30 Prozent für den Nennwert einer Aktie. Heute werden für die umgestellten Aktien im Durchschnitt 125 Prozent gezahlt. Auf fünf Jahre berechnet ist das ein Wertzuwachs um 316 Prozent. Das entspricht einer jährlichen steuerfreien Dividende von 63 Prozent. (Hört, hört!)

Auch Unternehmen, die nicht Aktiengesellschaften sind, haben die gleiche Entwicklung genommen und ihr Vorkriegsvermögen zurückgewonnen, während alle Geldvermögen und die Spar- und Versicherungsbeträge der bekannten Abwertung unterworfen waren.

Das deutsche Wirtschaftsvermögen und besonders der industrielle Produktionsapparat sind wieder hergestellt. Kriegs- und Demontageschäden sind zum größten Teil überwunden. Die Produktionsleistung des neuen Wirtschaftsapparates ist höher als vor dem Kriege. Höher in der Industrie und in der Landwirtschaft. Demgegenüber hat die arbeitende Bevölkerung an dieser von ihr geleisteten Aufbauarbeit nicht den entsprechenden Anteil gehabt.

Wen wundert es nun, daß die deutschen Gewerkschaften nicht mehr länger der weiteren Aufstockung privater Vermögen aus dem Konsumverzicht der Bevölkerung zusehen wollen! Wen wundert es, wenn sie versuchen, den Arbeitnehmern aus deren Leistung am Wiederaufbau ihren Anteil an dem gewachsenen Sozialprodukt zu sichern!

Seit 1950, so will man uns weismachen, seien die Reallöhne in der Bundesrepublik um 26 Prozent gestiegen. Das wäre eine größere Steigerung als in jedem anderen Lande der Welt. So erfreulich es ist, bestätigt zu bekommen, daß der gewerkschaftliche Kampf in dieser Zeit um höhere Löhne und Gehälter erfolgreich war, so sagt dieser Prozentsatz über den Anspruch der Arbeitnehmer am volkswirtschaftlichen Ertrag gar nichts aus.

Hingegen zeigt ein Vergleich mit anderen westlichen Ländern, daß unsere Industriearbeiterlöhne noch weit zurückgeblieben sind. Diesen Rückstand haben weder die 26 Prozent aufgeholt, noch wird er durch die letzten Tariferhöhungen aufgehoben.

Eine Statistik des Internationalen Arbeitsamtes vom Januar dieses Jahres beweist dieses. Der deutsche Industriearbeiter hat noch immer 3¼ Stunden für die gleiche Menge Ware zu arbeiten, die ein amerikanischer vom Verdienst einer Arbeitsstunde kaufen kann! Selbst die Arbeitnehmer in den skandinavischen Ländern brauchen dafür nur die Hälfte der Arbeitszeit aufzuwenden.

Man hält uns ferner vor: Die Lebenshaltungkosten seien in den letzten Jahren gleichgeblieben.

Die Lebenshaltungskosten sind überhaupt kein Vergleichsfaktor für die Höhe der Löhne und Gehälter und können auch kein Argument gegen ihre Aufbesserung sein.

Hätten sich die Arbeitnehmer immer nur auf die Ausgaben für den jeweiligen lebensnotwendigen Bedarf als Richtschnur ihres Lohnes beschränkt, so säßen wir heute noch bei der Petroleumlampe von 1900. (Sehr richtig!) Die gewachsenen Ansprüche haben den technischen Fortschritt beschleunigt, nicht aber das Verharren in der Anspruchslosigkeit, oder um mit Lassalle zu sprechen: „In der verdammten Bedürfnislosigkeit."

Teilzuhaben an dem gehobenen Bedarf ist nicht nur das Recht einiger Privilegierter!

Wäre dem nicht so, wir gingen noch zu Fuß, hätten keine modernen Beförderungsmittel, keine modernen Wohnungen mit Bad und WC. Wovon sollten wir schließlich den Kühlschrank, die Musiktruhe und das Fernsehgerät erwerben, deren Kauf uns der Bundeswirtschaftsminister zur Ankurbelung der Wirtschaft so dringend empfiehlt, wenn nicht aus erhöhten Löhnen und Gehältern? (Beifall.)

Lohnerhöhungen sollen angeblich den Export gefährden. Auch die Arbeitnehmer sind am Export interessiert. Er schafft Arbeit, ermöglicht lebensnotwendige Einfuhren und die Abtragung von Auslandsschulden. Die Gewerkschaften sind alles andere als exportfeindlich. Die Grundlage einer gesunden Wirtschaft ist aber der Binnenmarkt und die Binnenkaufkraft. In dem Maße, in dem der Binnenmarkt wächst und eine Steigerung der Massenfertigung erfolgt, ist auf die Dauer ein preisgünstiger Export möglich.

Die deutsche Wirtschaft hat in den Jahren seit 1948 eine Periode des Aufbaus und der Rationalisierung durchgemacht, die der Zeit von 1923 bis 1928 vergleichbar ist. Diese Aufschwungperiode seit 1948 ist nach Umfang und Wirkungstiefe stärker gewesen als die nach 1923.

Ihr Ausgangspunkt war ein anderer, der Nachholbedarf war größer. Die durch den Koreakrieg veranlaßte Weltrüstungskonjunktur bot dem deutschen Export ganz andere Möglichkeiten. Jetzt ist es unsere Pflicht, alles zu tun, um uns für eine echte Friedenskonjunktur einzusetzen und nicht auf eine neue Rüstungskonjunktur zu spekulieren. (Starker Beifall.)

Im Jahre 1928 hat sich auch gezeigt, wie gefährlich es war, Löhne und Gehälter nicht dem Tempo der gestiegenen Produktivität anzupassen. Denn als die Investitionen, die eine Reihe von Jahren die Konjunktur trugen, zu einem gewissen Abschluß gekommen waren und im steigenden Maße ein Ausstoß von Konsumgütern einsetzte, fehlte die Kaufkraft.

Die wirtschaftlichen Grundforderungen unserer Gewerkschaft

In diesem Zusammenhang möchte ich einige Thesen herausstellen:

(1) Wir bekennen uns nach wie vor zu den wirtschaftspolitischen Grundsätzen, die auf dem Gründungskongreß des DGB 1949 in München einstimmig beschlossen wurden. Wir fordern eine Wirtschaftspolitik der Vollbeschäftigung, die unter Wahrung der Würde freier Menschen allen Arbeitswilligen volle Beschäftigung und zugleich den zweckmäßigsten Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte sichert.

Eine Vollbeschäftigungspolitik bedeutet nicht eine geringfügige Arbeitslosigkeit in der Zeit der Hochkonjunktur. Sie ist erst gegeben, wenn die notwendigen gesetz- und verwaltungsmäßigen Maßnahmen sowie die technischen Vorbereitungen getroffen sind, um bei merklichem Nachlassen der Konjunktur und der Beschäftigung sofort Gegenmaßnahmen einzuleiten; in jedem anderen Falle wird Massenarbeitslosigkeit die Folge sein.

(2) Aus diesem Grundsatz heraus halten wir auch fest an der Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum, insbesondere des Bergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie, der Großchemie, der Energiewirtschaft, der wichtigen Verkehrseinrichtungen und der Kreditinstitute. (Beifall.)

(3) Die Forderung auf Mitbestimmung der organisierten Arbeitnehmer in allen personellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Wirtschaftsführung und Wirtschaftsgestaltung ist für uns unabdingbar. (Bravo! Beifall.)

(4) Wir bekennen uns zu einer europäischen Zusammenarbeit auf ökonomischem und politischem Gebiet. Die Sicherung der Vollbeschäftigung in den europäischen Staaten, die Steigerung des Lebensstandards und der sozialen Sicherheit ihrer Völker erfordert die Beseitigung wirtschaftlicher Hemmnisse und der Vielzahl der Staatengrenzen. (Beifall.)

(5) Wir bekennen uns zu einer Wirtschaftspolitik weltweiter Zusammenarbeit. Wir erkennen auch die Verpflichtung, durch entsprechende Maßnahmen mitzuhelfen an der wirtschaftlichen Entfaltung der sogenannten unterentwickelten Länder und an der Hebung des Lebensstandards der Arbeitnehmer in aller Welt. (Beifall.)

Die nationale Verpflichtung der Gewerkschaften

In dem seit Monaten anhaltenden Propagandafeldzug gegen uns verlangt man im angeblichen Interesse des „Volksganzen" und aus „nationaler Pflicht", auf Lohnforderungen und Lohnkämpfe zu verzichten, weil angeblich sie Staat und Wirtschaft gefährden. Dieses Argument hören wir immer. Seine ständige Wiederholung bestätigt nicht die Richtigkeit. Sprach man nicht bei dem Kampf um das Mitbestimmungsrecht von der Eroberung des Staates und der Terrorisierung des Parlaments durch die Gewerkschaften?

Hörten wir bei den letzten Lohnkämpfen nicht die gleichen Worte? Was wir als Gewerkschaften auch immer tun, ist nach Meinung dieser Propagandisten eine Verletzung nationaler und volkswirtschaftlicher Belange. Immer spricht man von einer Terrorisierung der Mehrheit durch die Minderheit. Die Minderheit sind angeblich wir. Dabei sind in allen Arbeitgeberverbänden, die für unsere IG Metall als Tarifpartner in Frage kommen, alles in allem in der ganzen Bundesrepublik nur einige Tausend Industrielle organisiert. Sie sind eine Handvoll, die mehr als 1,5 Millionen organisierten Arbeitnehmern in der Metallindustrie ihren Willen aufzwingen wollen. Sie sind — gehen wir vom Menschen aus, und nur der Mensch ist der Maßstab aller Dinge — ein lächerliches Häuflein, während wir die große Mehrheit darstellen. (Sehr gut! Beifall.)

Ich habe eingangs meiner Ausführungen schon die verpflichtende und verantwortliche Stellung der freien Gewerkschaften im demokratischen Staatswesen angedeutet. Hier möchte ich aber noch klar und deutlich aussprechen, damit es jeder versteht: Wir sind keine Feuerwehr, wir sind keine Staatsgewerkschaft, keine DAF unseligen Angedenkens und auch kein FDGB der Sowjetzone. Wir wollen es auch nicht werden! (Beifall.) Wir sind zunächst und in erster Linie die berufene Interessenvertretung der Arbeitnehmer in der Bundesrepublik. (Beifall.) Wir sind die Vertreter der arbeitenden Menschen, der Rentner und der sozial Schwachen in diesem Staat, die in erster Linie die Last und die Bürde des Krieges und der Nachkriegszeit trugen, und die man erneut um die Früchte ihrer Arbeit betrügen will. Sie alle haben das Recht zu fordern und nochmals zu fordern.

Wir haben uns nicht zu verteidigen, sondern anzuklagen. Und wir wenden uns mit allem Nachdruck gegen die Kreise, die uns Vorhaltungen machen wollen über unsere nationale Pflicht. Es sind dieselben, die vor und während der Hitlerzeit aus Profit- und Machtinteressen den Weg des nationalen Verderbens gingen und daher die Verantwortung für unsere nationale Katastrophe des Jahres 1945 mittragen. (Starker Beifall. Sehr

richtig!) Es sind dieselben, die zum Beispiel jetzt im Zusammenhang mit dem Kartellgesetz, mit dem Sperren der Wahlgelder drohten und vor denen man prompt kapitulierte. (Sehr richtig!) Es sind dieselben, die immer und zu jeder Zeit die eigenen Interessen vor die Interessen der Nation setzten. Es sind dieselben Profitjäger, die dann mit Zuchthaus drohen, wenn die Gewerkschaften um die Rechte der Arbeitnehmer kämpfen, und die den Staat zwingen wollen, mit Gesetzen und mit Reglementierungen aller Art gegen die Gewerkschaften vorzugehen.

Wir haben schon zuviel Rücksicht genommen! Jetzt ist erst einmal die Gegenseite an der Reihe, den Beweis zu liefern für die Bereitwilligkeit, den arbeitenden Menschen ihren zustehenden Anteil an der erarbeiteten Steigerung des Sozialproduktes zu geben. (Beifall.)

Der arbeitende Mensch hat nicht nur Pflichten, sondern auch Rechte. Und für diese setzen wir uns ein! Wir wollen dafür sorgen, daß nicht weiter der getreueste Sohn des Volkes auch der Ärmste bleibt. Daß das so bleiben muß, das steht, wie kürzlich ein maßgeblicher Politiker in der Bundesrepublik sagte, nirgends geschrieben. (Beifall.)

Man verschone uns mit dem heuchlerischen nationalen Geschrei. In anderen Ländern der westlichen Welt haben die Arbeitnehmer von ihrem Streikrecht weit mehr Gebrauch gemacht. Auf je tausend beschäftigte Arbeitnehmer kamen in der Bundesrepublik im Jahre 1952 ganze 21,5 durch Streik verlorene Arbeitstage. Im gleichen Jahre waren es nach der Tabelle des Internationalen Arbeitsamtes in England 130 Tage, in Frankreich 252, in Belgien 518, in Kanada 1133 und in den USA sogar 2408 Tage. Dabei ist in den meisten dieser Länder der Lebensstandard bedeutend höher als bei uns. Dort hört man auch kein Geschrei von Verletzung nationaler Pflichten. Dort hetzt kein ehemaliger Justizminister und Führer einer Regierungspartei gegen die Gewerkschaften und spricht von „moralischer Hemmungslosigkeit" der Gewerkschaftsfunktionäre. (Beifall.) Dort ruft man auch nicht nach dem Staatsanwalt und nach Antistreikgesetzen. Dort fällt es auch niemandem ein, den Gewerkschaften von Staats wegen Vorschriften machen zu wollen, wann, wie und wo sie streiken sollen.

Die Verteidigung des Streikrechts

Mit heuchlerischen Krokodilstränen wirft man unserer Gewerkschaft vor, sie breche die Lohnbewegungen vom Zaune in einer Zeit wirtschaftlicher Aufwärtsentwicklung, einer Konjunktur, und diese würde dadurch gestört. Ja, sollen wir denn warten, bis eine Krise hereinbricht? Sollen die Landarbeiter denn im Winter und die Schneeschipper im Sommer streiken? (Heiterkeit - Beifall.) Kann uns einer sagen, wann und wo die angeblich so gerecht und sozial denkenden Arbeitgeberverbände schon einmal einen Lohntarif von sich aus kündigten zum Zwecke einer längst fälligen Lohnerhöhung? (Sehr gut! Beifall.)

Vor einiger Zeit verlautete, daß dem Bundestag ein Gesetzentwurf zur Regelung gewerkschaftlicher Urabstimmung vorgelegt werden sollte.

(Heiterkeit.) Die Gazetten waren voll davon. Über diesen Versuch, in das ureigene Recht, in die ausschließliche Kompetenz der Gewerkschaften, in die Koalitionsfreiheit der Arbeitnehmer einzugreifen, hat von staats- und verfassungsrechtlicher Seite ein Berufener, der Staatsrechtler Prof. Abendroth, in unserem Gewerkschaftsorgan METALL, das Notwendige gesagt. Er hat hierbei die Frage aufgeworfen, sollen nach dem Vorbild der Nazigesetze etwa die „Betriebsführer" künftig Streik-Urabstimmungen durchführen? (Schallendes Gelächter.) Auf diese Frage erfolgte keine Anwort. Wann, wo und unter welchen Voraussetzungen gestreikt wird, entscheidet allein die Mitgliedschaft der Gewerkschaft. Daran lassen wir nicht rütteln. Oder wollen die Arbeitgeberverbände etwa auch die Streikgelder aufbringen? (Heiterkeit.) Es ist unsere feste Überzeugung: Wer an dem Streik- und Koalitionsrecht der Arbeitnehmerschaft rütteln will, dem soll Hören und Sehen vergehen! (Bravo! Starker Beifall.)

Neuauflage der „Arbeitsgemeinschaft"?

Der Vorsitzende der Arbeitgeberverbände, Dr. Paulssen, hat vor einigen Monaten den Vorschlag für eine „Studienkommission" gemacht, welche die „Grundlagen der Lohnpolitik" klären sollte. Soll diese Studienkommission unter Beteiligung der Gewerkschaften auch Einblick bekommen in die Geheimnisse der Gestehungskosten, der Gewinne und der Preise? (Gelächter - Zwischenrufe.) Was die letzteren anbelangt, so hat die Bundesregierung erst einmal das Preisstrafrecht entschärft, sicher eine Enttäuschung für diejenigen, die immer noch auf eine anscheinend vom Himmel fallende Preissenkung warten.

Es wurden uns auch erneut sehr vage Angebote auf „Arbeitsgemeinschaft" und „Partnerschaft" gemacht.

Was bietet man uns? Ist man bereit, die so schwer erkämpfte Mitbestimmung in Kohle und Stahl auf die gesamte Metallindustrie und auf andere Industriezweige auszudehnen?

Ist man bereit, eine zielbewußte Politik der Vollbeschäftigung zu betreiben?

Ist man bereit, den Anteil der Arbeitnehmer am Sozialprodukt zu steigern?

Ist man bereit, die längst fällige Verkürzung der Arbeitszeit mit dem Ziel der Vierzigstundenwoche in fünf Tagen bei vollem Lohnausgleich zu verwirklichen?

Ist man bereit, in eine Revision des BVG einzuwilligen, das gegen den Willen von Millionen Arbeitnehmern durchgepeitscht wurde?

Ist man bereit, sich mit aller Deutlichkeit von den Versuchen zu distanzieren, die das Koalitionsrecht und Streikrecht der Arbeitnehmer beschneiden sollen?

Ist man bereit, uns Garantien zu geben, daß das Technische Hilfswerk keine Streikbrecherorganisation wird?

Die Wirklichkeit sieht anders aus!

Man will die Gewerkschaften knebeln und zersetzen. Man unterstützt gewerkschaftsfeindliche Parteien, man versucht, gelbe Gruppen zu bilden und zu finanzieren.

Den Sirenentönen schenken wir keinen Glauben. Wir denken nicht daran, uns für ein Linsengericht zu verkaufen und die Interessen unserer Mitglieder preiszugeben!

Zum Schlichtungswesen

Und wie steht es mit dem Schlichtungswesen, über das im Zusammenhang mit den Streiks in Hamburg und Bayern so viel geschrieben und gesprochen wird?

Betrachten wir einmal das Schlichtungswesen in Verbindung mit der freien Marktwirtschaft, deren Segnungen man uns täglich preist:
Auch das Angebot von Arbeitskraft und der Lohn können nicht anderen Gesetzen unterworfen sein als alle übrigen Marktvorgänge. Herrscht auf dem Markt das Gesetz von Angebot und Nachfrage, so muß dieses auch für die Wahl des Arbeitsplatzes und für den Lohn gelten. (Sehr wahr! Beifall.)

Auch der Streik ist in diesem Rahmen ein marktkonformes Mittel. Es ist die Verweigerung einer Leistung zu einem nicht für ausreichend gehaltenen Preis. Auch hier bleibt es den Nachfragenden, den Arbeitgebern überlassen, auf den Erwerb der Leistung zu verzichten. Zweigleisigkeit auf dem Markt: Freiheit für die Unternehmer und Bindung für die Arbeitnehmer kann nicht akzeptiert werden und findet unseren schärfsten Widerstand. (Beifall.)

Zwangsschlichtung und verbindliche Schiedssprüche lehnen wir auf Grund unserer Erfahrungen kategorisch ab. (Starker Beifall.)
Gegen freiwillige Schlichtungsvereinbarungen zwischen den Tarifvertragsparteien haben wir keine Bedenken, aber sie dürfen nicht zu Verschleppungsmanövern benutzt werden; sie dürfen auch nicht eine einseitige Einengung der gewerkschaftlichen Handlungsfreiheit bedeuten. Sie können fruchtbar und positiv sein, wenn die Unternehmer in solche Verhandlungen — anders als bisher — mit dem Willen echten Entgegenkommens hineingehen.

Ein gewerkschaftliches Aktionsprogramm

Meine Kolleginnen und Kollegen!

Als ich im Mai dieses Jahres in unserer Gewerkschaftszeitung METALL die Forderung nach einem gewerkschaftlichen Aktionsprogramm erhob, wagte ich nicht zu hoffen, daß diese Anregung ein solches Echo und eine solche Zustimmung finden würde. In vielen Gewerkschaftsversammlungen, auch innerhalb der unteren Organe des DGB, wurde dieser Vorschlag lebhaft erörtert. Was damals nur Vorstellung war, hat jetzt feste Formen angenommen.

Unserem Gewerkschaftstag und dem Bundeskongreß des DGB liegen konkrete Anträge über ein Aktionsprogramm vor. Es ist insbesondere

begrüßenswert, daß andere Gewerkschaften, z. B. die Gewerkschaft „Holz" und die IG „Druck und Papier", in ihrer Presse diese Anregungen aufgegriffen haben. Erfreulich ist ferner auch, daß sich der Gewerkschaftstag der IG Chemie im Juni des Jahres in Köln zu einer neuen Aktivität auf der Grundlage konkreter gewerkschaftlicher Tagesforderungen und sich die IG Chemie in ihrer Presse jetzt erneut zu diesem Beschluß bekannte.

Die Forderung nach einem gewerkschaftlichen Aktionsprogramm — das möchte ich von vornherein sagen — kann kein Patentrezept sein. Mir ist wohl bekannt, daß in weiten Kreisen unserer Mitgliedschaft eine begründete Skepsis gegen Programme besteht. Haben wir doch in den letzten Jahren genügend Programme gehabt, die immer noch der Verwirklichung harren.

Programme haben nur eine wirkliche Bedeutung, wenn unbeirrbarer Wille und entschlossene Kraft dahinter stehen. Das beherrschende Kennzeichen des gegenwartsnahen gewerkschaftlichen Aktionsprogramms ist, daß es gewachsen und entstanden ist aus einer lebendigen Diskussion unserer Mitgliedschaft und Funktionäre in Stadt und Land.

Das Kernstück dieses Programms müssen jene Forderungen sein, die das brennende Interesse aller Arbeitnehmer wie auch ihrer Familien und damit das Interesse der großen Mehrheit unseres Volkes ausdrücken. Diese Forderungen müssen unabhängig von den gegenwärtigen politisch-parlamentarischen Verhältnissen mit gewerkschaftlichen Mitteln realisierbar sein. Sie müssen insbesondere unserer Jugend bewußt werden.

Voraussetzungen des Aktionsprogramms

Das Aktionsprogramm muß die bindende Verpflichtung für das gewerkschaftliche Handeln sein. Ein solches Handeln bedarf eines Zeitplanes! In diesem ist festzulegen, welche Forderungen den Vorrang erhalten und zuerst angepackt werden müssen. Auch die Mittel und Methoden sind festzulegen.

Und noch etwas erscheint mir notwendig: Wenn wir an die Erfahrungen aus dem Kampf um das BVG und die letzten Lohnkämpfe zurückdenken, so ist eine großzügige Aufklärungsaktion unerläßlich. Wenn wir „Ja" sagen zu einem gewerkschaftlichen Aktionsprogramm, müssen wir uns auch entschließen, die öffentliche Meinung aufzurütteln, und es allen Gutwilligen, allen Bevölkerungsschichten durch Wort, Schrift und Bild verständlich zu machen. (Zustimmung.) Jeder muß wissen, jeder muß erkennen, daß es bei den Forderungen dieses Aktionsprogramms um das Wohl und Wehe, um die Zukunft, um Kultur, um menschliche Würde, um Glück und Freiheit der Millionen Schaffenden geht. (Beifall.)

Das Kernstück des Programms

Nun zu dem konkreten Inhalt des Aktionsprogramms.
Die erste Forderung:

Die Einführung der 5-Tage-Woche bei verkürzter Wochenarbeitszeit und vollem Lohn- und Gehaltsausgleich mit dem Ziel der 40-Stunden-Woche

ist über den Abschluß von Tarifverträgen zu betreiben. (Bravo! Beifall.) Bedarf es zu ihrer Begründung vieler Worte? Es gibt kaum fortschrittliche Wirtschaftswissenschaftler, Soziologen und Mediziner, die nicht einsehen, daß eine baldige Regelung des Arbeitszeitproblems im Interesse der Werktätigen und ihrer Familien unabweisbar ist.

Sie ist es auch im Interesse einer gesteigerten Wirtschaftskraft. Andere hochindustrielle Länder sind uns weit voraus. Ihre Volkswirtschaft wurde ebensowenig geschwächt wie der Kohlenbergbau in der Bundesrepublik, nachdem dort die Arbeitszeit verkürzt wurde.

Wie eindrucksvoll war doch der 1. Mai dieses Jahres! Die Forderung nach der 40-Stunden-Woche hatte gezündet. Das war wie an keinem 1. Mai nach 1945 der Fall. Angesichts dieser Wirkung ist es sehr bedauerlich, daß die koordinierende und leitende Kraft des DGB für die weitere Durchsetzung dieser Forderung fehlte. Das muß anders werden. (Beifall.)

Sprechen nicht sowohl betriebswirtschaftliche als auch volkswirtschaftliche Argumente für die 5-Tage-Woche? Der Betrieb hat eine ausgeruhtere, frischere Belegschaft, deren Konzentrationsfähigkeit und Arbeitsfreude ungleich größer ist. Es entfallen auch für den Sonnabend die Anlauf- und Auslaufkosten der Produktion, die in keinem Verhältnis zu den wenigen Arbeitsstunden dieses Tages stehen. Volkswirtschaftlich ergeben sich aus der allgemeinen Einführung der 5-Tage-Woche nach Ansicht vieler Experten nur günstige Auswirkungen. Das längere Wochenende wird auch den Konsum erhöhen, es stärkt den Verbrauch, eine der Hauptstützen der Konjunktur. Mit der Verwirklichung unserer Forderung wird sich auch das Problem des früheren Ladenschlusses im Einzelhandel lösen lassen.

Es werden sich sogar, wie die Verhältnisse in Amerika beweisen, neue Industriezweige entwickeln.

In der deutschen Wirtschaft sind nach Meinung von Fachleuten erhebliche Produktionsreserven vorhanden, so daß eine Senkung der wöchentlichen Arbeitszeit durchaus wettgemacht werden kann, wenn die Unternehmer eine Einführung der 40-Stunden-Woche mit Rationalisierungsmaßnahmen beantworten würden und nicht mit Preiserhöhungen. Im Gegensatz zu den USA sind in der Bundesrepublik die Lohnkosten im Verhältnis zu den Gesamtkosten gering. Die Fertigungslöhne liegen in der Bundesrepublik etwa bei 10 Prozent der Selbstkosten, während etwa 50 Prozent der Kosten sogenannte Gemeinkosten, d. h. Hilfslöhne, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie Vertriebs- und Verwaltungskosten sind. In allen diesen Kostengruppen liegen aber bei uns so große Rationalisierungsreserven, daß die aus einer Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich resultierende Erhöhung der Lohnkosten mehr als ausgeglichen sein dürfte. Ein Produktionsausfall ist also nicht zu befürchten, eher ist eine Produktionsausweitung anzunehmen!

Die 40-Stunden-Woche ist in der Bundesrepublik leider nur in Ausnahmefällen eingeführt worden, so daß hierüber keine genügenden Erfahrungen

vorliegen. In den USA hingegen wird bereits über die Einführung der 36-Stunden-Woche diskutiert, die sogar in einigen Industriezweigen schon Wirklichkeit geworden ist. Die 5-Tage-Woche mit 42- bis 45stündiger Arbeitszeit ist dagegen schon bei uns in einer nennenswerten Anzahl von Betrieben üblich. Die Erfahrungen sind durchweg günstig. So berichtet kürzlich Generaldirektor Dr. Wurster von der Badischen Anilin- und Sodafabrik mit 30 000 Beschäftigten in Ludwigshafen: „Wir haben die 5-Tage-Woche schon 9 Jahre lang. Sie hat sich bewährt. Wir möchten sie nicht mehr missen." Ebenso positiv sind die Ergebnisse für die 42stündige Arbeitszeit im Hüttenwerk Oberhausen.

Die Gegenargumente liegen auch jetzt wieder auf der gleichen Ebene, von der aus der Kampf schon vor Jahrzehnten gegen den 8-Stunden-Tag geführt wurde. Wir brauchen daher auf diese Scheinargumente nicht mehr einzugehen.

Eines aber wollen wir denen sagen, die sich so große Sorgen machen, was der Arbeiter mit dem Mehr an Freizeit anzufangen gedenkt.
Zu dem Kreis derer, die solche Meinungen äußern, gehört auch der Bundestagspräsident Dr. Ehlers, dessen hohes Amt ihn eigentlich zur Überparteilichkeit verpflichten sollte. Er hat kürzlich auf einer Arbeitgebertagung in Regensburg gegen die Einführung der 5-Tage-Woche Bedenken geäußert mit der Begründung, die Arbeiter wüßten mit ihrer Freizeit nichts anzufangen. (Hört! Hört! — Gelächter.)

In der Bismarckschen Zeit kam man uns schon mit dem Argument, bei Verkürzung der Arbeitszeit würden die Arbeiter in Kaschemmen und Spelunken verkommen. Die Arbeiterbewegung ist allein durch ihren Kampf um Verkürzung der Arbeitszeit als die größte kulturfördernde Kraft zu bewerten. (Hört! Hört! — Beifall.) Sie weiß um die kulturelle Bedeutung der Freizeit. Die Ausgestaltung der Freizeit soll man darum getrost uns selbst überlassen.

Wir unterschätzen auch nicht die Frage der Überstundenleistung und erkennen sehr wohl die gesamte Problematik. Wir wissen, wann und in welchem Umfange Überstunden unvermeidlich sind. Wir wissen auch, wo die Überstundenleistung die Gesundheit gefährdet und Arbeitslosigkeit heraufbeschwört. Kein Mensch schiebt Überstunden aus Übermut. (Sehr richtig!) Die niedrigen Löhne sind der eigentliche Beweggrund. Hier müssen wir ansetzen. Das führt mich zur zweiten Forderung:

Aktivierung unserer Lohn- und Gehaltspolitik

Diese Frage habe ich in meinen Ausführungen bereits ausführlich behandelt, so daß ich mich jetzt nur noch auf wenige Bemerkungen beschränken kann.

Den Arbeitnehmern ist durch entsprechende Lohn- und Gehaltserhöhungen ein höherer Anteil an der gestiegenen Produktivität zu sichern.

Die Gegenseite verweist immer wieder auf das Erfordernis eines vermehrten Ausstoßes an Waren. Gewiß ist die Produktionskraft zu messen an diesem Ausstoß und den Investitionsgütern sowie den zur Verfügung

stehenden Dienstleistungen. Der Wohlstand eines Volkes ist aber nicht allein zu messen am Güterausstoß, er wird auch entscheidend bestimmt von der Form der Verteilung. (Beifall.) Je breiter die Streuung der Güter an alle Schaffenden, um so höher das Niveau des Allgemeinwohls. Je geringer die Spanne der Güterverteilung zwischen arm und reich, zwischen dem Einkommen des Arbeitnehmers und dem Gewinn des Unternehmers ist, um so geringer ist auch das soziale Spannungsfeld. Im Zuge dieser Erwägungen wäre ergänzend zu fordern:

Gleiche Entlohnung für Männer und Frauen (Bravo! Beifall.)

tarifliche Sicherung der Weihnachtsgratifikationen

tarifliche Regelung einer alljährlichen Urlaubshilfe (Beifall.)

tarfliche Festlegung der Lohnfortzahlung bei Krankheit auch für Arbeiter. (Bravo! Starker Beifall.)

Die „soziale Betriebsgestaltung"

Wenn jetzt das Wort von tariflicher Regelung so oft gesprochen wurde, so darum, weil es in unserer Zeit nicht mehr angängig ist, Almosen zu empfangen oder Geschenke nach patriarchalischer Art entgegenzunehmen, sondern weil wir in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts ein Recht darauf haben.

Mit der Gewährung dieses Rechtsanspruchs steht und fällt das Urteil über die sogenannte „soziale Betriebsgestaltung".

Für Lohnerhöhungen hat man niemals Geld, wohl aber für Geschenke und Zuwendungen solcher Art.

Alle diese Aufwendungen sind doch nur ein Teil des Sozialprodukts, also vorenthaltener Lohn. Man will nichts anderes, als den großen Gedanken der Arbeiterbewegung, der Solidarität, aufweichen, zersetzen und zerstören.

Wir wollen keineswegs diese Aufwendungen beseitigen. Im Gegenteil, wir wollen sie sichern, rechtlich verankern. Sie sollen ein unlöslicher Bestandteil der Tarifverträge und damit ein Rechtsanspruch für alle Arbeitnehmer werden.

Unsere Forderungen an den Gesetzgeber

Die nächste Forderung lautet:

Ausreichende Altersversorgung

Waren unsere bisher genannten Forderungen solche, die wir bei Einsatz gewerkschaftlicher Mittel zu erreichen gedenken, so richtet sich die Forderung nach ausreichender Altersversorgung an den Staat als dem Repräsentanten des Volksganzen.

Die Sicherung des Alters vor Not muß zur beherrschenden Frage auch bei uns werden. Sie hat in vielen Kulturländern schon ihre Lösung gefunden oder geht ihrer Lösung entgegen. Die Not des größten Teils der Rentner ist bei uns unerträglich geworden.

Wir erwarten von der Bundesregierung, daß sie ihr gegebenes Versprechen einlöst und endlich die Renten erhöht. (Beifall.)
Eine weitere Forderung gilt unserer Jugend:

Dazu gehören:

Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit,

bessere Entlohnung der Jugendlichen,

vermehrter Jugendarbeitsschutz,

gesetzliche Regelung der Berufsausbildung.

Auch die Not der Jugend ist nicht minder groß. Die Jugend hat mittelbar und unmittelbar unter den Folgen dieses verbrecherischen Krieges gelitten. Hunderttausende von Jugendlichen sind noch immer ohne Arbeit. Hunderttausenden fehlt die Möglichkeit einer Berufsausbildung.

In Reihenuntersuchungen wurde kürzlich festgestellt, daß jeder fünfte Jugendliche Gesundheitsschäden aufweist.

Die Ausbeutung Jugendlicher und die Lehrlingszüchterei, besonders in Kleinbetrieben, ist himmelschreiend, wie gewerkschaftliche und offizielle Feststellungen ergaben. Die Gewerbeaufsichtsämter müßten vertausendfacht werden, wenn sie diesen massenhaften Verletztungen geltender Gesetze nachgehen sollten. Noch immer steht die Verabschiedung eines Berufsausbildungsgesetzes aus.

Noch immer haben viele nicht begriffen, daß das Lehrverhältnis nicht mehr wie im vorigen Jahrhundert als ein Erziehungsverhältnis betrachtet werden darf. Nach unserer Auffassung sollte es ein echtes, verpflichtendes Arbeitsverhältnis sein. (Beifall.)

Noch immer sind die Mängel im Kündigungsschutzgesetz nicht beseitigt, welche die Jugendlichen bis zum 20. Lebensjahr außerhalb des Gesetzes stellen.

Noch immer gilt das Jugendarbeitsschutzgesetz aus dem Jahre 1938.

Man wirft der Jugend Verantwortungslosigkeit vor. Man sagt, sie fordere nur Rechte und wolle keine Pflichten übernehmen. Sie sei nur leichten und seichten Vergnügungen zugeneigt, sie sei kriminell und verdorben.

Wäre dem so, so tragen allein jene herrschenden Schichten die Verantwortung, die nicht einmal die primitivsten Grundlagen für eine Änderung der Verhältnisse schaffen. (Starker Beifall.) Die jungen Menschen werden nicht behütet und beschützt von sozial fortschrittlichen Gesetzen. Sie finden keine Lehrstätten, die ihren Eignungen und Neigungen entsprechen. Sie liegen statt dessen unter entwürdigenden Verhältnissen auf der Straße. Man verschone die Jugendlichen mit Vorwürfen. Das gute Beispiel ist besser als alle Moralpredigten. (Beifall.)

Die Lösung des Jugendproblems macht sich der Bundesminister Professor Oberländer sehr einfach, wenn er einen „freiwilligen Arbeitsdienst" vorschlägt mit der Begründung, er könne es nicht mit ansehen, wie die Jugend „herumlungere". Selbstverständlich fehlt dabei auch nicht die „Deutsche Soldatenzeitung". Sie erklärte in ihrer Aprilausgabe: „Die deutsche Ju-

gend ist durch und durch verrottet, wird immer schlechter und schlechter, immer krimineller und krimineller." — (Gelächter.) Das ist eine falsche Zweckdarstellung. Nach behördlichen Erhebungen geht die Jugendkriminalität erfreulich zurück. Die Patentmedizin der Militaristen und Reaktionäre lautet also: „Arbeitsdienst und Kommiß!" Die Gewerkschaftsjugend braucht keinen Arbeitsdienst und keinen Kommiß, um von diesen Ewiggestrigen „gerettet" zu werden. (Starker Beifall. Bravo!)

Wir sind stolz auf unsere Jugendgruppen und unsere jungen Mitglieder. Sie haben in den Lohnbewegungen der letzten Monate und Jahre einen so mutigen, selbstlosen und solidarischen Einsatz geleistet, daß wir um unsere Jugend und um die Zukunft der Arbeiterbewegung nicht in Sorge zu sein brauchen. (Bravo! Starker Beifall.)

Aus all diesen Gründen erwächst uns die verpflichtende Aufgabe, uns mit aller Kraft einzusetzen für eine „Jugend in Brot" und ein „Alter ohne Not". (Sehr gut! Beifall.)

Gewerkschaftliche Offensive

Meine Kolleginnen und Kollegen!

Diese Nahziele, diese konkreten und jedermann verständlichen Forderungen sind das Kernstück unseres Aktionsprogramms. Es sind offensive Forderungen. Wir müssen sie mit aller Energie und Entschlossenheit erreichen, wie wir auch entschlossen sind, das bisher Erreichte zu verteidigen. (Beifall.) Denn auch die Verteidigung des Erreichten ist eine zwingende Forderung des Tages, weil das Erreichte die Voraussetzung für den weiteren Fortschritt ist. (Beifall.)

Diese Forderungen sind keine Illusionen. Sie sind in anderen Ländern der westlichen Welt zum Teil längst erfüllt. Sie sind auch in der Bundesrepublik bei dem Stand der Technik erfüllbar. Diese Ziele gehen nicht nur die Arbeitnehmer an. Sie sollen dazu dienen, allen Schaffenden, wie auch ihren Familien, das Leben glücklicher und sinnvoller zu gestalten.

Gewiß bringen die vorliegenden Anträge zum Akionsprogramm zusätzliche Forderungen. Es kommt aber nicht darauf an, möglichst viel zu fordern, was durchaus verständlich wäre. Entscheidend ist vielmehr, das Wenige entschlossen und mit geeinter Kraft durchzusetzen. (Bravo! Beifall.) Wenn wir diese Zielsetzung bis zum nächsten Gewerkschaftstag erreichen würden, dann wären wir ein großes Stück weitergekommen.

Die wichtigste Voraussetzung hierfür ist die Stärkung unserer Gewerkschaftsbewegung. Sie fordert den weiteren Ausbau unseres gewerkschaftlichen Vertrauenskörpers. Von dem Wirken dieses Vertrauenskörpers erwarten wir eine Steigerung unserer gewerkschaftlichen Aktivität.

Die gewerkschaftliche Aktion als Grundlage der Einheit

Das gewerkschaftliche Aktionsprogramm, wie es uns vorschwebt, hat aber auch eine eminent innergewerkschaftliche Bedeutung. Seit den letzten Bundestagswahlen hat die Diskussion über die Einheitsgewerkschaft, über

ihre Berechtigung und ihre Zielsetzung nicht aufgehört. Uns allen ist noch in Erinnerung, daß der eindeutige Beschluß des Bundesausschusses des DGB vom 30. September des vorigen Jahres die beabsichtigte Spaltung der Gewerkschaften verhindert hat. Diese Gefahr ist noch immer nicht überwunden. Ich bin der festen Überzeugung, daß die Forderungen des Aktionsprogramms allen Arbeitnehmern aus dem Herzen gesprochen sind und unsere Mitglieder zu einer noch festeren Einheit zusammenschweißen. Auf der Grundlage des gemeinsamen Handelns, des gemeinsamen Eintretens für diese Ziele, wird der unfruchtbare Streit sein Ende finden. Auf dieser Grundlage werden wir uns alle finden.

An der Einheit der Gewerkschaften werden auch die Störungs- und Zersetzungsversuche der Kommunisten scheitern. Sie, die die Geschäfte Sowjetrußlands besorgen, machen den kläglichen Versuch, im Kielwasser unserer neuen gewerkschaftlichen Aktivität zu schwimmen. Sie versuchten es auch bei den letzten Lohnbewegungen. Auch unserem Gewerkschaftstag liegen Anträge aus einer Fabrik vor, aus der bekannten KPD-Fabrik. Einige dieser Anträge wollen unser Aktionsprogramm verfälschen. Diese Roßtäuschermethoden kennen wir. Sie haben uns in der Vergangenheit nicht irregeführt; wir lassen uns auch jetzt nicht in die Irre führen. Die Handlanger dieser Hintermänner liefern lediglich den scharfmacherischen Unternehmern und gewissen politischen Kräften jene Argumente, die uns diffamieren sollen. Wir werden nicht dulden, daß sie ihr Süppchen an unserem Feuer kochen.

Vorwärts im Geiste der Solidarität

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

Die Metallarbeiterbewegung blickt auch in Deutschland auf eine stolze Tradition zurück. Mehr als einmal ging sie in Zeiten großer gesellschaftlicher Auseinandersetzungen voran. Tradition aber verpflichtet. Unsere Verpflichtung in der gegenwärtigen Zeit habe ich versucht, an dieser Stelle aufzuzeigen.

Wir würden die Tradition, würden unsere Pflicht und Schuldigkeit verletzen, wenn wir nicht mit aller Entschlossenheit für diese Forderungen eintreten.

Wir sind das unserer Jugend schuldig! Wir sind das unseren Alten, Schwachen und Kranken schuldig, die ihr Leben in den Sielen verbrachten! Wir sind das allen unseren Mitgliedern schuldig!

Darum wollen wir laut und deutlich diese Forderungen anmelden im Streben nach Menschenwürde, Kultur und Gerechtigkeit.

Unser Schicksal liegt entscheidend in unserer eigenen Hand. Meistern wir es mutig und entschlossen! So und nur so erfüllen wir auch unsere Verpflichtung gegenüber unserer ganzen Gewerkschaftsbewegung. So wirken wir, so streben wir und so kämpfen wir im Geiste brüderlicher Solidarität! (Bravorufe. Stark anhaltender Beifall.)

Entschließung

Die Funktion und die Aufgabe der Gewerkschaften ist die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmerschaft, die Erkämpfung der wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit und die Weiterentwicklung der politischen zur sozialen Demokratie.

Der Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland begrüßt darum alle Maßnahmen, die geeignet sind, die Gewerkschaften zu einer aktiven und wirksamen Interessenvertretung der Arbeitnehmerschaft zu machen. Dies ist um so notwendiger, als die restaurierte Macht der Großaktionäre und der ehemaligen Konzernherren die Demokratie gefährdet und starke reaktionäre, neofaschistische und militaristische Kräfte den sozialen Fortschritt zu unterbinden und die Demokratie zu zerstören versuchen.

Diese Entwicklung verlangt die Entschlossenheit der Gewerkschaften, solche Bestrebungen mit allen Mitteln zu unterbinden.

Der Gewerkschaftstag bekennt sich erneut zu den auf dem Gründungskongreß des DGB formulierten Zielen und fordert die Überführung der Grundstoffindustrien in Gemeineigentum unter Sicherung ständiger demokratischer Kontrolle durch die Gewerkschaften.

Darüber hinaus erblickt der Gewerkschaftstag eine der nächsten und vordringlichsten Aufgaben der IG Metall und des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Schaffung eines gewerkschaftlichen Aktionsprogrammes. Dieses muß dem gewerkschaftlichen Wollen Ziel und Richtung geben. Es muß die Mittel und Methoden zur Durchsetzung der gestellten Forderungen aufzeigen und eine bindende Verpflichtung für das gesamte gewerkschaftliche Handeln sein. Gesundheit, Kultur und Würde der Arbeiter, Angestellten und Beamten verlangen, daß im Mittelpunkt eines solchen Programmes die 40-Stunden-Woche mit vollem Lohn- und Gehaltsausgleich steht. Durch ständige Lohn- und Gehaltserhöhungen muß den Arbeitnehmern ein gerechter Anteil an der gesteigerten Produktivität gesichert werden. Desgleichen gilt es gleiche Entlohnung für Männer und Frauen; tarifliche Sicherung der Weihnachtsgratifikationen; tarifliche Regelung einer alljährlichen Urlaubshilfe und die tarifliche Festlegung der Lohnfortzahlung bei Krankheit auch für Arbeiter anzustreben.

Nicht weniger dringlich ist die Sicherung des Arbeitsplatzes, besonders auch für den jungen Menschen und den älteren Angestellten. Schließlich muß eine menschenwürdige Versorgung der Invaliden und Rentner durch die Gewerkschaften mit größter Entschlossenheit gefordert werden.

Diese Forderungen können durch starke, stets kampfbereite und kampffähige Gewerkschaften, die frei sind von der Illusion der sogenannten „Sozialpartnerschaft", mit dem Unternehmertum durchgesetzt werden.

Der Gewerkschaftstag der Industriegewerkschaft Metall verpflichtet sich, in solidarischer Gemeinschaft mit den dem Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Organisationen alle Kräfte für die Erreichung der gestellten Ziele einzusetzen.